

72.

BSU
000075

Kontaktadressen

[REDACTED]

Berlin
1054

[REDACTED]

1071

[REDACTED]

Berlin
1100

Adresse

Berlin, den 10.12.1987

Sehr geehrter Herr

Mit dieser Erklarung anlaesslich des Tages der Menschenrechte wenden wir uns an Sie, weil zu den von uns beschriebenen Problemen kein konstruktiver Dialog mit den dafuer zustaeendigen staatlichen Organen moeglich ist.

Alle Unterzeichnenden, die eigenverantwortlich den Inhalt dieser Erklarung tragen, bieten hiermit erneut ihre Gespraechsbereitschaft an.

Die in der Erklarung beschriebene Ausweglosigkeit in Ausreiseangelegenheiten gebietet unseres Erachtens dringend ein menschenwuerdigeres Handeln seitens der DDR-Regierung.

Eine Gesellschaftsordnung, die sich ihren Konflikten nicht offen und kritisch stellt, ist schwer erkrankt. Deshalb wenden wir uns auch an Sie, um in Ausreiseangelegenheiten kuenftig gemeinsam Loesungen zu finden, die das Selbstbestimmungsrecht und die Wuerde des einzelnen respektieren. Prinzipien und Gesetze eines Landes sind umso ueberzeugender je menschenfreundlicher ihre Praxis ist.

Solange in der DDR Menschenrechte beschnitten werden, die fuer die freie Entfaltung des einzelnen unentbehrlich sind, und solange nicht ueber die eigentlichen Ursachen des Ausreisesyndroms oeffentlich nachgedacht wird, kann auch der Zunahme von Ausreiseantraegen kein Einhalt geboten werden. Selbst restriktivere Massnahmen seitens der staatlichen Organe koennen diese Entwicklung nicht verhindern.

So schmerzhaft es fuer jede Gesellschaft auch ist, dass gut ausgebildete und engagierte Menschen ihr Land verlassen, sowenig ist aber zu akzeptieren, dass diese Menschen wegen ihrer Gewissensentscheidung diskriminiert oder bestraft werden.

Die Arbeitsgruppe "Staatsbuergerschaftsrecht der DDR" setzt sich aus Christen und Nichtchristen zusammen, die ausreisen oder weiterhin in der DDR leben bleiben wollen.

Unsere Arbeitsgruppe genieisst Gastrecht in den Raeumen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

Im Auftrage aller Unterzeichnenden stehen folgende Adressen von Mitgliedern der Arbeitsgruppe "Staatsbuergerschaftsrecht der DDR" fuer Ihre Antwort zur Verfuegung.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]